



Haltung zeigen Hoffnung geben

Wahl in Graz – Liste 5, Elke Kahr

Seite 2-3

Foto: Sigrid Schönfelder



84 Millionen Euro für den Kanal

Die Mur soll fließen. Solche Bilder könnten bald der Vergangenheit angehören. Für das Murkraftwerk werden tausende Bäume gefällt.

Wir fordern:

▶ Rücknahme der „Wohnunterstützung“
und Rückkehr zur Wohnbeihilfe!

▶ Keine Einberechnung der Familien-
beihilfe ins Haushaltseinkommen!

KPÖ
Steiermark

**KPÖ-Sozial-
telefon 0316/877 5102**

**Helfen statt reden.
Mit Rat und Tat!** **KPÖ**
wirkt!

**Wir beraten Sie gerne.
Tel. Anmeldung erbeten. Graz, Landhaus**

Verbundlinie: Kernzone erweitern!

Auch Umlandgemeinden brauchen günstige Jahreskarte

Die Gemeindegemeinschaften haben für die Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel zwei Klassen von Pendlern geschaffen. Beispiel Gratwein-Straßengel: Straßengel gehört zur Kernzone 101, für die anderen Ortsteile gilt, dass man zwei Zonen durchqueren muss, um nach Graz zu kommen.

Das ist unhaltbar. Der Verkehrsverbund muss endlich zur Kenntnis nehmen, dass der Zentralraum um Graz zusammenwächst. Deshalb schlägt die KPÖ

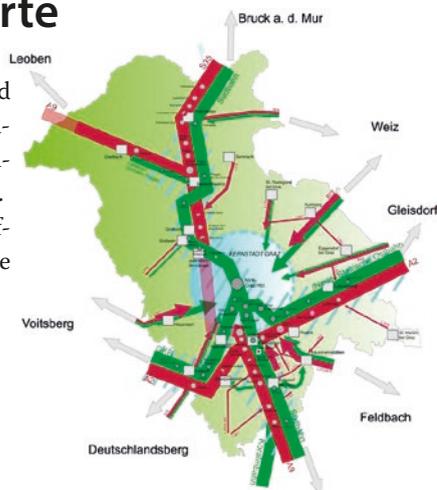
vor, die Zone 101 auf alle Nachbargemeinden von Graz auszudehnen und überall – wie in Graz – die günstige Monatskarte um 241 Euro anzubieten.

Das kostet Geld, aber es wäre ein großer Beitrag zur Entschärfung der Verkehrsprobleme. Schon jetzt geben die Gemeinden viel Geld aus, um die Monats- und Jahreskarten der Menschen zu verbilligen, die nach Graz pendeln müssen.

Wenn die Gemeinden diese Summen direkt in den Verkehrsver-

bund einzahlen und auch das Land seinen Beitrag leistet, könnte in Sachen öffentlicher Verkehr im Umland von Graz etwas weitergehen.

Eines ist sicher: Ständige Tarifierhöhungen lösen die Probleme nicht.



Spitalsreform: Es wird ernst

Die Werbekampagne für die Gesundheitsreform des Landes läuft auf Hochtouren. Unser Bezirk ist dabei durch geplante Spitalszusammenlegungen und Bettenreduktionen in Graz betroffen.

Die Gesundheitsreform des Landes bedeutet in der Praxis überall Verschlechterungen, weil es dabei vor allem um Einsparungen beim Personal und beim medizinischen Angebot geht. Die Hausärzte sollen durch „Primärversorgungszentren“ ersetzt werden. Dieses Konzept soll der Bevölkerung mit großem finanziellem und Werbeaufwand schmackhaft gemacht werden.

KPÖ - L A b g . C l a u d i a Klimt-Weithaler: „Die im ganzen Land stattgefundenen Präsentationen haben mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet. Aus heutiger Sicht gehen die Pläne an den Problemen im steirischen Gesundheitswesen vorbei. Es gibt in vielen Bereichen viel zu wenig Betten, lange Wartezeiten für Patienten ohne Zusatzversicherung, überlastetes Personal und keine gleichwertigen Alternativen.“

Das Ziel einer der Gesundheitspolitik darf aber nicht das Stopfen von Budgetlöchern auf Kosten von Personal und Patienten sein. Eine lückenlose und hochwertige Gesundheitsversorgung für alle Steirer, unabhängig von ihrem Wohnort und ihrem Einkommen, ist aus Sicht der KPÖ der oberste gesundheitspolitische Auftrag des Landes.

Das Ziel einer der Gesundheitspolitik darf aber nicht das Stopfen von Budgetlöchern auf Kosten von Personal und Patienten sein. Eine lückenlose und hochwertige Gesundheitsversorgung für alle Steirer, unabhängig von ihrem Wohnort und ihrem Einkommen, ist aus Sicht der KPÖ der oberste gesundheitspolitische Auftrag des Landes.

Stübingtal: Hoffnungsschimmer

Die Gegner des geplanten Steinbruchprojekts im Stübingtal können weiter hoffen. Landesrat Lang (SPÖ) hat in einer Stellungnahme zugesagt, „eine umfassende Evaluierung aller noch ausstehender Landschaftsschutzgebiete in Auftrag zu geben“.

Im Auftrag der Gemeinde

Deutschfeistritz hat das Ingenieurbüro für Biologie darüber hinaus ein Gutachten erstellt, das die Argumente gegen den geplanten Steinbruch zusammenfasst.

Es ist wichtig, dass sich die Bürgerinitiative weiterhin gegen die Verschlechterung der Lebensqualität ausspricht.

jetzt unterschreiben!

GEGEN TTIP
CETA & TiSA

www.volksbegehren.jetzt

Eintragungswoche
23. bis 30. Jänner 2017

**auf Ihrer Gemeinde/
Ihrem Magistrat**

Arbeiten Sie mit!

Der Gewerkschaftliche Linksblock ist die KPÖ-nahe Gewerkschafts- und Arbeiterkammerfraktion. Er setzt sich auf allen Ebenen gegen Verschlechterungen ein. Wir spielen aber nicht die Handlanger für die Regierungsparteien.

Um gegen Ungerechtigkeiten und Verschlechterungen in weiteren Betrieben ankämpfen zu können, suchen wir Menschen, die bereit sind, sich bei uns zu engagieren.

Kontaktdaten: 0677/ 612 538 99
oder glb@glb-steiermark.at

SEMRIACH:

Zuser sammelt den Sperrmüll

Die Gemeinde Semriach hat die Sammlung von Sperrmüll und Problemstoffen eingestellt und verweist auf das Privatunternehmen Zuser. Dieses hat seinen Firmensitz in Peggau, Wegzeit von Semriach mit öffentlichen Verkehrsmitteln bis zu 1,5 Stunden in eine Richtung. Alternativ bietet Zuser auch eine Abholung des Mülls

an. Das kostet natürlich extra, obwohl man schon Müllgebühren an die Gemeinde zahlt.

Es ist problematisch, die Müllentsorgung immer mehr zu privatisieren. Die Firma Zuser hatte in Peggau übrigens mit Beschwerden von Anrainern wegen einer großen Umweltbelastung zu kämpfen.

NEUSEIERSBERG-PIRKA:

Neuer Nahversorger

Der neue Nahversorger in Neuseiersberg, (Mitterstraße/Feldkirchnerstraße) ist eine Bereicherung, da es in dieser Gegend kein Lebensmittelgeschäft gibt. **Maria Müller** (KPÖ) ist über diese Entwicklung erfreut.

für die Gemeinde ist zu begrüßen.



Maria Müller

Der Gemeinderat hat das Förderpaket für die neue Privatschule beschlossen. Es ist zu hoffen, dass die Ermäßigungen für Familien mit niedrigerem Einkommen die finanzielle Belastung in Zukunft abfedern werden.

ORF-Gebühr steigt

Die Grazer Vizebürgermeisterin **Elke Kahr** (KPÖ) unternimmt eine Initiative zur Kostendämpfung der ORF-Gebühren. In einer Zeit, in der immer mehr Menschen jeden Euro zweimal umdrehen müssen, wird die Erhöhung der ORF-Gebühren im Mai eine Zusatzbelastung für die Bevölkerung bringen. In der Steiermark ist dieser Beitrag österreichweit am höchsten, weil das Land zusätzlich eine eigene Abgabe einhebt.

Die Steirer sollen dann 26,73 Euro im Monat zahlen. Die darin enthaltene Landesabgabe steigt mit, von 5,40 Euro auf 5,80 Euro monatlich.

Von dieser Abgabe fließen 50 Prozent in die Kultur, vier Prozent

in den Sport, 46 Prozent sind ohne Zweckbindung und dienen zum Stopfen der Budgetlöcher. Die Salzburger Landesregierung hat als Kostendämpfungsmaßnahme beschlossen, diese Landesabgabe nicht anzuheben.

Elke Kahr fordert die steirische Landesregierung auf die Höhe der Landesabgabe zumindest einzufrieren: „Darüber hinaus ist es nicht einzusehen, dass fast die Hälfte davon beispielsweise für die Finanzierung der Parteienförderung verwendet werden kann. Deshalb verlange ich, die Landesabgabe zum GIS-Beitrag um 46 Prozent zu kürzen, damit die ORF-Gebührenerhöhung in der Steiermark abgedeckt werden kann.“

GU: Nummer zwei nach Graz

Der Bezirk Graz-Umgebung ist die Nummer 2 in der Steiermark. Das zeigt die Landesstatistik. Im Vorjahr hatte der Bezirk 148.830 Einwohner um 1733 mehr als ein Jahr zuvor. Nur 10.000 von ihnen haben eine ausländische Staatsbürgerschaft.

Dieses Gewicht könnte besser zur Geltung kommen, wenn es eine Bündelung der Kräfte in den Bereichen Wirtschaft und Verkehr gäbe.

LABg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel.
0316/877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at



Nachzahlung beim AMS-Familienzuschlag

Nachzahlung vom AMS nach Urteil des Verwaltungsgerichtshofes

Aufgrund einer fehlerhaften Berechnung haben Bezieher von AMS-Leistungen mit minderjährigen Kindern einen zu geringen Ergänzungsbetrag erhalten. Wer im Zeitraum von 1.9.2010 bis 23.2.2016 eine Leistung vom AMS (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Weiterbildung- oder Umschulungsgeld oder Pensionsvorschuss) und für Kinder einen Familienzuschlag erhalten hat, kann mit Antrag beim AMS prüfen lassen, ob Anspruch auf eine Nachzahlung besteht. Ein weiteres Kriterium für einen Anspruch auf eine Nachzahlung ist, dass die Bemessungsgrundlage während dieses Zeitraumes zumindest für einen Tag zwischen 1.210 und 2.360 Euro betragen hat. Die Bemessungsgrundlage findet man auf den Mitteilungen des AMS über den Leistungsanspruch.

KOMMENTAR

Gemeinde als Anhängsel

Die Auseinandersetzung um die Shopping City Seiersberg hat viele Facetten. Der Gegensatz zwischen Stadt Graz und Gemeinde Seiersberg-Pirka ist nur eine davon. Es geht auch um die Konkurrenz der verschiedenen Betreiber von Einkaufszentren, hinter denen sehr einflussreiche Persönlichkeiten stehen.

Worum es aber nur am Rande geht, das sind die Arbeitsplätze. Die Bedingungen, unter denen die Beschäftigten in der Shopping City arbeiten müssen, haben bisher kaum eine Rolle gespielt. Erst nach dem Urteil des Höchstgerichtes haben die Menschen, die sehr gut am Konsumtempel im Süden von Graz verdienen, die Arbeitsplätze entdeckt und nur von ihnen geredet. Dass die gleichen Unternehmer ohne mit der Wimper zu zucken Arbeitsplätze vernichten, wenn es ihnen richtig erscheint, das ist in keiner Zeitung gestanden.

Jetzt gibt es Gutachten und Gegengutachten, es gibt neue Landtagsbeschlüsse, welche die Rechtslage an die Vorstellungen der Betreiber anpassen. Wie das alles ausgehen wird, das steht aber in den Sternen.

Traurig ist nur eine Tatsache. Die Gemeinde und auch die Landesregierung haben sich in dieser Sache benommen, als wären sie bloße Anhängsel einer Firma.

Dabei sollte die Politik Rahmenbedingungen schaffen, an die sich alle halten müssen.

F. St. Parteder

Die Reichen brauchen die Grazer KPÖ nicht!

Für alle Anderen hat sie vieles erreicht:

- ✓ **Öffi-Jahresticket** zum Preis der Halbjahreskarte.
- ✓ **564 neue Gemeindewohnungen** errichtet, 550 weitere in Planung.
- ✓ **Keine Gebührenerhöhung** bei Müll und Kanal 2015, 2016 und im 1. Halbjahr 2017.
- ✓ **Kautionsfonds** eingeführt.
- ✓ **Privatisierung** der Gemeindewohnungen **verhindert**.
- ✓ **Kürzung der Parteienförderung** durchgesetzt.
- ✓ **Mietzinszahlung** eingeführt: Kein/e GemeindemieterIn zahlt mehr als ein Drittel des Einkommens.
- ✓ Ein **Bad** für jede Gemeindewohnung umgesetzt.
- ✓ **MieterInnen-Notruf** eingeführt.
- ✓ Rücknahme von Kürzungen der **Wohnbeihilfe** durch Protest gegen die SPÖ/ÖVP-Landesregierung erreicht. Und der Widerstand geht weiter!

Politik für alle, die keine Lobby haben!

Darum brauchen wir eure Unterstützung!

Elke Kahr

Grazer Vizebürgermeisterin
und Wohnungsstadträtin

GRAZ
KPÖ
www.kpoe-graz.at

